



Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Toni Schuberl BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

vom 26.02.2026

- mit Drucklegung –

Irreführende Angaben von Gesundheitsministerin Gerlach zum Cannabiskonsum von Jugendlichen

In der Pressemitteilung „*Gerlach: Präventionsprojekte bei Jugendlichen wirken – Bayerns Gesundheitsministerin zu bayerischen Ergebnissen der aktuellen Europäischen Schülerstudie zu Alkohol und Drogen* - „*Cannabis-Legalisierung muss rasch korrigiert werden*“ des Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege vom 8.2.2026 schreibt das Staatsministerium:

Gerlach: Cannabis-Legalisierung muss rückgängig gemacht werden

Gerlach verwies auch auf bedenkliche Entwicklungen beim Cannabis-Konsum. Der Studie zufolge ist bei den 15- und 16-Jährigen im Freistaat der problematische Cannabiskonsum gestiegen. Insgesamt hat sich der entsprechende 12-Monats-Prävalenz unter Konsumierenden (der Anteil der Konsumierenden innerhalb eines Jahres) 2024 im Vergleich zu 2007 fast verdoppelt (6,1 Prozent zu 12 Prozent).

Die Ministerin warnte: „Dieser Trend ist ein Alarmsignal und zeigt: Die Cannabis-Legalisierung der ehemaligen Bundesregierung war falsch – vor allem auch mit Blick auf den Jugendschutz und die Suchtprävention. Deshalb muss dieser Fehler möglichst rasch korrigiert werden. Das heißt: Die Legalisierung von Cannabis zu Genusszwecken muss komplett zurückgenommen werden.“

In der Presse wurde die Staatsministerin wie folgt zitiert (Hervorhebungen durch den Fragensteller):

„Demzufolge ist bei den 15- und 16-Jährigen im Freistaat der problematische Cannabiskonsum gestiegen“, sagte Gerlach. Im Vergleich zu einer ähnlichen Studie von 2007 hätten **mit zwölf Prozent der Befragten doppelt so viele Schüler** erklärt, im zurückliegenden Jahr Cannabis konsumiert zu haben, wie 2007.

Bei einem Blick in die eben erwähnte Studie fällt jedoch auf, dass **2024 nur 1,9 % der Befragten einen problematischen Konsum aufweisen** (2007: 0,9%; 2019: 2,0%). Die Angabe von 12 % bezieht sich nur auf die **konsumierenden Jugendlichen**. Hier ist davon auszugehen, dass die **absolute Anzahl von Jugendlichen, die ein problematisches Konsumverhalten aufweisen, zumindest seit 2019 stabil geblieben ist**. Ihr Anteil an den konsumierenden Jugendlichen ist nur deshalb **gestiegen**, weil sich die **Gesamtzahl der konsumierenden Jugendlichen verringert hat**.

Alle anderen Werte sind **rückläufig**, gerade im Vergleich zu den vorangegangenen Studien von 2015 und 2019. Während 2019 noch **21,4% aller Befragten** in den letzten 12 Monaten Cannabis konsumierten, so waren es 2024 **16,1%**. Bei einem Vergleich der Zahlen der Jahre 2003, 2007, 2011, 2015, 2019 und 2024 lässt sich feststellen, dass **mit Ausnahme des Jahres 2007 (15,2%) nie eine geringere Prozentzahl, als 2024 aufzuweisen ist**. Der Anteil der Jugendlichen, die **irgendwann in ihrem Leben Cannabis konsumiert haben**, ist mit **18,9% sogar auf einem Allzeittief**.

Des Weiteren stellen die Autor*innen der Studie in der Diskussion der Ergebnisse nochmals klar, dass sich die **Auswirkungen der Legalisierung noch nicht seriös abschätzen lassen**. Ein **Anstieg**, der sich direkt auf die Entkriminalisierung von 2024 zurückführen lässt, **ist nicht feststellbar**.

Ich frage die Staatsregierung:

1.1. Inwiefern sieht die Staatsregierung eine Zunahme von Cannabiskonsum durch Jugendliche seit der Entkriminalisierung im April 2024?

1.2. Wie belegt die Staatsregierung ihre Angaben?

2.1. Wie begründet die Staatsregierung ihre Forderung nach einem erneuten Verbot von Cannabis, wenn gleichzeitig alle Studien zu diesem Thema betonen, dass sich die Auswirkungen der Entkriminalisierung noch nicht abbilden lassen?

2.2. Inwiefern ist die Staatsregierung der Ansicht, dass Studien für politische Forderungen herangezogen werden sollten, obgleich in genau denselben Studien betont wird, dass sie zu diesen Forderungen keine Daten erbringen können?

2.3. Inwiefern hält es die Staatsregierung für seriös, aus einer solchen Studie Daten auf eine Art und Weise zu zitieren, die irreführend suggerieren, dass das Gegenteil von den tatsächlichen Befunden der Studie den Tatsachen entspricht?

3.1. Wie bewertet die Staatsregierung die rückläufigen Konsumzahlen von Cannabis bei Jugendlichen zwischen den Jahren 2015, 2019 und 2024?

3.2. Wie erklärt sich die Staatsregierung diesen Trend?

3.3. Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, damit dieser Trend anhält?

4.1. Wie bewertet die Staatsregierung die seit 2019 stagnierende Anzahl von Jugendlichen mit einem problematischen Cannabis-Konsum?

4.2. Wie erklärt sich die Staatsregierung diesen Trend?

4.3. Welche Maßnahmen ergreift die Staatsregierung, um diese Zahlen zu senken?
